

Zum Stand der Cannabis-Regulierung in Deutschland und den Erfordernissen einer modernden Sucht- und Drogenpolitik

Heino Stöver^{1*}, Ingo Ilja Michels²

¹ Frankfurt University of Applied Science, Frankfurt am Main

² Institut für Suchtforschung (ISFF) der Frankfurt University of Applied Sciences, Frankfurt am Main

* Corresponding author, email: hstoever@fb4.fra-uas.de

© 2023 Heino Stöver; licensee Infinite Science Publishing

This is an Open Access abstract distributed under the terms of the Creative Commons Attribution License, which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0>).

Hintergrund und Fragestellung

Es gibt eine zunehmende Debatte um einen nicht-strafrechtlichen Umgang mit Cannabis und anderen psychoaktiven Substanzen. Immer mehr Fachleute befürworten eine veränderte Strategie, da Verbote und die strafrechtliche Verfolgung von Drogenkonsumenten ihr Ziel nicht erreichen. Notwendig sei die staatlich regulierte Abgabe von Drogen zum Eigengebrauch an Erwachsene. Die Bestrafung von Drogenkonsumenten, die allenfalls sich selbst schädigen, sei mit dem Freiheitspostulat der Verfassung nicht vereinbar. Der Koalitionsvertrag 2021 der neuen Regierung legt fest, dass die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften eingeführt wird. Dadurch soll die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet werden.

Methoden

Der historische Diskurs über diese neuen Regelungen und die Modelle der regulierten Abgabe von Betäubungsmitteln, hier Cannabis, werden vorgestellt, ebenso die internationalen Legalisierungsprojekte. Auch der fachliche Widerstand innerhalb der Medizinverbände wird kritisch hinterfragt.

Ergebnisse

Man kann davon ausgehen, dass bei einem liberalen Umgang mit Betäubungsmitteln der Konsum, insbesondere bei Jugendlichen, nicht zwangsläufig ansteigt, wenn derartige Modelle sowohl mit zielgruppenspezifischen und lebensweltnahen Angeboten der Prävention und Selbstkontrolle, sowie mit regulierenden strukturellen Maßnahmen (Verkaufsbeschränkungen, Werbeverbote, gesellschaftliche offene Diskurse mit Hilfe von sowohl „traditionellen“, wie neuen sozialen Medien) verknüpft sind und wenn in der Ausbildung der Medizin und der Sozialen Arbeit ein neues Verständnis vom Umgang mit psychoaktiven Substanzen verankert wird.

Diskussion und Schlussfolgerung

Weniger Repression, mehr Hilfsangebote sowie die regulierte Abgabe von Betäubungsmitteln zum Eigengebrauch an Erwachsene sind notwendig. Kriminalisierung ist eine ungeeignete, nicht erforderliche und nicht angemessene Maßnahme im Umgang mit Drogenkonsum. Immer mehr Fachleute und Suchthilfeverbände befürworten überdies die Ermöglichung des „Drug-Checkings“, um gesundheitliche Gefährdungen zu reduzieren. Zudem müssten weitere Drogenkonsumräume eingerichtet und Naloxonprogramme installiert werden, um Drogentodesfälle deutlich zu senken und gesundheitliche und psychische Schädigungen zu reduzieren.

OFFENLEGUNG VON INTERESSENKONFLIKTEN SOWIE FÖRDERUNGEN

Interessenskonflikte: Ich und die Koautorinnen und Koautoren erklären, dass während der letzten 3 Jahre keine wirtschaftlichen Vorteile oder persönlichen Verbindungen bestanden, die die Arbeit zum eingereichten Abstract beeinflusst haben könnten.